

Niederschrift

JHA/005/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 18.06.2026

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Mattis Hohdorf	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/1. stellv. Vorsitzender
---------------------	-----------------------	--------------------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Sarah Brandt	AfD	Ratsmitglied
Frau Hermine Fischer-Mißfelder	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Tatjana Lücke	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Eike Saatjohann	FDP/UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Bischoff		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Karin Albers		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Andrea Bischoff	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Frau Claudia Raneberg	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Karin Schulz-Bennecke	Ausschussmitglied f. Schulen

Vertreter:

Frau Evelyn Eggenkämper	DIE LINKE	Vertretung für Frau Clara Calitri
Herr Linus Grundke		Vertretung für Frau Mona Gedicke
Frau Mareike Janßen		Vertretung für Frau Sylvia Egelkamp
Frau Laureen Niehoff		Vertretung für Herrn Dirk Holtmann
Herr Luka Renko		Vertretung für Frau Nina Attermeyer-Jansen
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Frau Claudia Reinke
Frau Philip Weweler		Vertretung für Frau Lara May

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen	Stabstelle Dezernat II
Frau Katja Käschner	PV Kindergärten und Kinder- tagespflege
Frau Diana Möllers	PV Kinder- und Jugendar- beit und Spiel- und Freizeit- flächen
Frau Andrea Atrott	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende:

Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzende
---------------------	-----	--------------------------

Mitglieder:

Frau Clara Calitri	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr René Dall		Ausschussmitglied f. Ju- gendverbände
Herr Dirk Holtmann		Ausschussmitglied f. Ju- gendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Ju- gendwohlfahrtsverbände

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Nina Attermeyer-Jansen	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung
Frau Sarah Feldkamp	Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
Frau Mona Gedicke	Interessensvertreterin Jugendteam
Herr Mirco Hagemann	Ausschussmitglied f. Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
Herr Jörg Langhans	Ausschussmitglied f. Richter
Frau Kirsten Lücke-Brüning	Ausschussmitglied f. katholische Kirche
Frau Lara May	Ausschussmitglied örtlicher Jugendringe
Frau Cosima Rottmann	Jugendamtse Elternbeirat
Frau Carla Zachey	AG 78

Verwaltung:

Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
----------------------	--------------------

Herr Hohdorf eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. JHA/004/2026 über die öffentliche Sitzung am 23.04.2026

Frau Schulz-Bennecke bittet um eine Korrektur und bezieht sich dabei auf den TOP 7, Vorlage 250/26 „Suchtmittelkonsum von Jugendlichen“ (Seite 7 der Niederschrift):

„Frau Schulz-Bennecke regt an, die beiden Programme „SaM“ und „Mediencout“ auf Themenüberschneidungen zu prüfen, damit die Ausbildungsdauer des SaM-Programms nicht verlängert werden müsse.“

Sie habe darauf hingewiesen, dass es Überschneidungen zwischen den Inhalten der SaM-Ausbildung und der Mediencout-Ausbildung gebe und dass das SaM-Programm bereits langjährig etabliert sei. Sie habe jedoch nicht gesagt, dass eine Verlängerung der Ausbildung geprüft werden solle, sondern angeregt, Synergieeffekte zu prüfen und die Ausbildungen klarer voneinander abzugrenzen.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann gibt aktualisierend zu den eingestellten Informationen an, dass die Elternbefragung zur Randzeitenbetreuung in den Offenen Ganztagschulen (OGS) vom 1. bis zum 20. Juli 2026 durchgeführt werde. Ursprünglich sei eine Stichprobe geplant gewesen, jedoch habe man sich aufgrund des vergleichbaren Aufwands für eine Komplettbefragung entschieden, um schulscharfe Ergebnisse zu erhalten.

Bezüglich der Anfrage von Frau Fettich aus der letzten Sitzung zu den platzscharfen Angaben in Kindertagesstätten für Betriebserlaubnisse berichtet er, dass Gespräche mit dem Landesjugendamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe geführt worden seien und weitere folgen würden. Er kündigt an, die Gremien über den weiteren Verlauf zu informieren.

Weiterhin erläutert er, dass die Verwaltung vorbehaltlich einer Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses im Juli 2026 eine Entscheidung zum Thema Familienzentrum habe treffen müssen. Die Kita Jakobi sei ein Familienzentrum gewesen und die Verwaltung hatte gehofft, dieses Kontingent ruhend stellen zu können und die neue Vergabe zum neuen Kita-Jahr im Kontext einer Beschlussvorlage für die Verteilung der plusKITAs nach den neuen sozialen Indikatoren usw. abbilden zu können. Der Landschaftsverband habe jedoch am Freitag mitgeteilt, dass eine Entscheidung über die künftige Zuordnung bis Montag getroffen werden müsse, da andernfalls das Kontingent verloren ginge. Deshalb sei entschieden worden, das Familienzentrum Elisabeth als eigenständiges Zentrum zu führen und die beiden CJD-Einrichtungen an der Breiten Straße zu einem gemeinsamen Familienzentrum zusammenzufassen. Ein alternativer Träger sei geprüft worden, jedoch habe dieser aufgrund der erst kürzlichen Inbetriebnahme von einer Übernahme abgesehen. Ziel sei es, die Familienzentren sozialräumlich sinnvoll zu verankern und die Versorgung links der Ems auch in Richtung des neuen Wohngebietes im Europa-Viertel sicherzustellen.

Frau Lücke regt an, über die Sitzung der Lenkungsgruppe Aktionsplan Inklusion zu berichten.

Herr Gausmann erläutert, dass die Lenkungsgruppe Aktionsplan Inklusion vorgestern getagt habe. Die halbtägige Veranstaltung zum Thema Inklusion am 12. Mai 2026 sei gut besucht gewesen und habe eine positive Resonanz erfahren. Die nächste Veranstaltung sei für den 12. Oktober 2026 von 09:00 bis 16:00 Uhr geplant und befasse sich mit Teilhabeeinschränkungen und Möglichkeiten der Teilhabe von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen in der Jugendarbeit, was Bestandteil des Kinder- und Jugendförderplans sei. Die Referentin Frau Professor Dr. Böing werde die Leitung erneut übernehmen. Die Veranstaltung werde im Multifunktionssaal sowie in den Nebenräumen stattfinden; für die Verpflegung mit Snacks und Getränken werde gesorgt. Die nächste Vorbereitungssitzung der Lenkungsgruppe sei für September 2026 angesetzt.

Frau Overesch stellt eine Frage zur Bedarfsabfrage der OGS und möchte wissen, ab wann ein Bedarf als solcher bewertet werde.

Herr Gausmann erklärt, dass definiert worden sei, eine OGS-Gruppe ab einer Teilnehmerzahl von 15 Kindern einzurichten. Allerdings würden zunächst die Ergebnisse der Befragung abgewartet, um den Bedarf zu definieren. Er betont, dass die Feststellung eines Bedarfs nicht automatisch bedeute, dass dieser vollständig mit städtischen Mitteln gedeckt werde. Es müsse geprüft werden, wie eine Umsetzung gemeinsam mit den Trägern und unter Einbeziehung von Elternanteilen organisatorisch und finanziell erfolgen könne. Zudem verweist er auf die Möglichkeit, individuelle Bedarfe von Kindern bis zur Vollendung des 13. Lebensjahres gemäß § 24 SGB VIII in Einzelfällen über Tagespflege abzudecken. Die Ergebnisse der Befragung würden im September vorliegen und in der darauffolgenden Jugendhilfeausschusssitzung präsentiert werden. Im Er-

gebnis müsse unter anderem definiert werden, wie der Bedarf zu definieren sei, ob und in welcher Höhe dieser mit städtischen Mitteln abgebildet werden solle oder ob bei einem marginalen Bedarf auf individuelle Lösungen verwiesen werden solle.

3. Einwohnerfragestunde

Die Bürgerinnen 1 und 2 (aus dem Jugendgremium) äußern den Wunsch nach einer Freizeitfläche für Jugendliche, da es in der Umgebung nur begrenzte Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten gebe. Sie erläutern, dass sie bereits Vorschläge zur Gestaltung einer solchen Fläche erarbeitet hätten. Beispielsweise schlagen sie vor, ein Netz über die gesamte Fläche zu spannen, um zu verhindern, dass Bälle in benachbarte Gärten gelangen. Zudem regen sie an, Mülleimer in spielerischer Form, etwa als Basketballkörbe, zu gestalten, um die Müllentsorgung zu fördern. Sie betonen, dass die Beteiligung von Jugendlichen an der Planung der Anlage wichtig sei, um deren Akzeptanz und Nutzung zu gewährleisten.

Herr Gausmann erläutert, dass es bereits einen Bebauungsplan-Aufstellungsbeschluss aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz (StUK) für eine Jugendfreizeitanlage gebe, was im weiteren Verlauf der Sitzung thematisiert werde (TOP 8 – Vorlage 373/26). Die Verwaltung plane, auf dem großen Fußballplatz der ehemaligen Amisia-Fläche, neben einer Wohnmobilstellanlage, Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche zu schaffen. Er führt aus, dass bereits vor zehn Jahren festgestellt worden sei, dass es in Rheine an entsprechenden Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche mangle. Zudem gebe es eine mobile Pumptrack-Anlage. Die Bezirksregierung habe signalisiert, dass das Vorhaben grundsätzlich umsetzbar sei. Auch das Jugendamt als Träger der Jugendhilfe, bestehend aus Jugendamt und Jugendhilfeausschuss, sei in die Planungen eingebunden.

Er geht auf die Bedenken der Anwohner ein, die befürchten, dass die Freizeitfläche zu Lärmbelästigungen führen oder Bälle auf ihre Grundstücke gelangen könnten. Er erklärt, dass die Verwaltung die Anregungen der Jugendlichen, wie die Installation eines Netzes sowie die Anordnung der Spielgeräte, prüfen werde, um die Akzeptanz der Nachbarn zu erhöhen.

Abschließend betont er, dass die Beteiligung von Jugendlichen an der Planung der Freizeitfläche vorgesehen sei. Er begrüßt das Engagement des Jugendgremiums und kündigt an, dass die Verwaltung auf die Jugendlichen zukommen werde, um gemeinsam die Gestaltung der Anlage zu erarbeiten.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Andrea Bischoff berichtet, dass sich der Familienbeirat Ende April 2026 (30.04.2026) konstituiert habe. Sie sei erneut zur Vorsitzenden gewählt worden, während Frau Anna Guttermann das Amt der Stellvertreterin übernommen habe. Sie erläutert, dass die Besetzung der Ausschüsse derzeit stattfinde und die nächste Sitzung des Familienbeirats in der kommenden Woche (29.06.2026) stattfinden werde. In dieser Sitzung solle die inhaltliche Arbeit intensiviert werden.

Sie hebt hervor, dass der Familienbeirat bereits am Stadtteilstadtteilfest Dutum/Dorenkamp Mitte Mai 2026 teilgenommen habe. Dort habe man sich vorgestellt und Rosen verteilt, um mit den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den Erwachsenen, in Kontakt zu treten. Diese Aktion sei genutzt worden, um auf die neuen Mitglieder und die Arbeit des Familienbeirats aufmerksam zu machen und die Präsenz des Gremiums zu verdeutlichen.

**5. Bericht zu den Frühen Hilfen der Stadt Rheine
Vorlage: 212/26**

Herr Jüttner-von der Gathen erläutert einleitend die Entwicklung und Bedeutung der Frühen Hilfen, die seit etwa 20 Jahren bundesweit etabliert seien. Er hebt hervor, dass der Begriff „Soziale Frühwarnsysteme“ in der Anfangszeit verwendet worden sei, jedoch zugunsten von Freiwilligkeit, Akzeptanz und der Vermeidung von Stigmatisierung aufgegeben worden sei. Die Bundesstiftung Frühe Hilfen sei gegründet worden, und die Stadt Rheine erhalte jährlich etwa 40.000 Euro an Fördermitteln, während die städtischen Aufwendungen in diesem Bereich bei rund 226.000 Euro lägen. Er betont die Wirksamkeit der Frühen Hilfen, die durch wissenschaftliche Berichte und Begleitforschungen des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen belegt werde, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendmedizin. Ziel sei es, Familien frühzeitig und niedrigschwellig zu unterstützen, wobei die Angebote sowohl vorgeburtlich als auch nach der Geburt und im ersten Lebensjahr relevant seien. Das Netzwerk Frühe Hilfen in Rheine sei multiprofessionell besetzt und diene nicht nur als Dienstleister, sondern auch als Lotse für Familien.

Er geht anschließend auf die Entwicklung der Familiengesundheits- und Kinderkrankenpflege ein, die früher unter dem Begriff „Familienhebamme“ bekannt gewesen sei. Aufgrund der hohen Nachfrage könnten derzeit nicht alle Familien vollständig betreut werden, weshalb die Frequenz und Anzahl der Treffen bereits reduziert worden seien. Der Träger als auch die Verwaltung würden sich für eine Anpassung des laufenden Vertrages, der bis 2028 gilt, aussprechen. Ziel sei es, durch kostenneutrale Modifikationen und Verschiebungen innerhalb der Stellenanteile eine bedarfsgerechte Anpassung der Angebote zu erreichen.

Frau Overesch äußert sich positiv zu den Ausführungen und stellt eine Nachfrage zu den Zahlen der Schwangerschaftsberatung. Sie weist darauf hin, dass von den 1.357 Personen, die das Angebot in Anspruch genommen hätten, rund 900 nicht aus Rheine stammten. Sie fragt, ob dies mit der Anonymität in anderen Kommunen zusammenhängen könnte.

Herr Jüttner-von der Gathen erklärt, dass in der Berichterstattung die Zahlen der gesamten Beratungsstelle des Trägers benannt worden seien, die nicht nur für Rheine, sondern auch für andere Kommunen im Kreis Steinfurt zuständig sei, wodurch andere Refinanzierungsgrundlagen bestünden. Er betont, dass der Wirksamkeitsdialog weiterentwickelt werden solle, um genauere Zahlen für Rheine zu erhalten.

Frau Lücke bedankt sich für die Vorlage und die Ausführungen. Sie hebt hervor, dass die hohe Nachfrage nach den Angeboten ein Zeichen für das Vertrauen der Familien in die Beratung und Begleitung sei. Sie begrüßt die geplante Nachsteuerung und betont, dass das Angebot offenbar gut angenommen werde, was auf eine erfolgreiche Arbeit hinweise.

Frau Eggenkämper fragt nach der Bedeutung des zweiten Beschlusspunktes, insbesondere im Hinblick auf die kostenneutrale Anpassung des Angebots. Sie möchte wissen, ob dies eine Umsortierung der Angebote bedeute.

Herr Jüttner-von der Gathen erklärt, dass der Vertrag 1,75 Stellenanteile umfasse, die auf die Bereiche „Schwangerschaftsberatung“, „Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege/Familienhebamme“ und „Familienpatenprojekt“ verteilt seien. Ziel sei es, mit dem Träger über eine Verschiebung der Arbeitskapazitäten zu sprechen, um der gestiegenen Nachfrage in bestimmten Bereichen Rechnung zu tragen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zu den Frühen Hilfen zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, vor dem Hintergrund der Nachfrageentwicklung in dem Angebot Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege mit dem Träger Caritasverband Rheine e. V. auf der Basis der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen im Leistungsbereich der Frühen Hilfen kostenneutrale Anpassungen zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Sachstandsbericht zu den aktuellen Entwicklungen in den Offenen Ganztags-
schulen**
Vorlage: 301/26

Herr Gausmann erläutert, dass die gleiche Vorlage gestern im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport (SBS) behandelt worden sei. Die Kooperationsvereinbarung zwischen den 14 Grundschulen, den drei OGS-Trägern und der Verwaltung sei vorgestern unterzeichnet worden und werde passend zur Umsetzung des Rechtsanspruchs am 01.08.2026 in Kraft treten. Diese umfangreiche Vereinbarung stelle eine der ersten ihrer Art in der Region dar. Er hebt hervor, dass die Kommune durch frühzeitige Planungen und Abstimmungen mit den Trägern sowie durch die Unterstützung des SBS, ehemals Schulausschuss, gut vorbereitet sei. Die Vereinbarung umfasse eine zukunftsfähige Finanzierung und eine detaillierte Leistungsbeschreibung, die eine verlässliche Grundlage für die kommenden Jahre bilde.

Er informiert weiter, dass für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Juli 2026 erstmals eine Betreuungsplanung für die nächsten drei Jahre erstellt werde, die sowohl die Bereiche Tagespflege als auch Kita und OGS enthalten werde. Ziel sei es, den Bedarf präzise zu berechnen und hochzurechnen, ähnlich wie dies bereits bei der jährlichen Bedarfsplanung Kita/Tagespflege der Fall sei.

Frau Lücke bedankt sich für die geleistete Arbeit und hebt die Herausforderungen hervor, die mit der landesweiten Neuausrichtung und den Abstimmungen zwischen Trägern und Verwaltung verbunden gewesen seien. Sie äußert jedoch Bedenken hinsichtlich der Wartelisten an einzelnen Schulen, insbesondere an der Edith-Stein-Schule. Dort gebe es acht Familien, die keinen OGS-Platz erhalten hätten. Zudem fragt sie nach der Einbeziehung von Erfahrungswerten zu unterjährigen Schulwechseln in die Betreuungsplanung und erkundigt sich, ob Kinder mit Behinderung oder besonderen sozialen Herausforderungen ebenfalls auf den Wartelisten stünden.

Herr Gausmann erklärt, dass es bei den OGS nur an einer Schule eine Warteliste gebe. Diese sei ausschließlich auf Personalmangel zurückzuführen; räumliche Kapazitätsprobleme bestünden hingegen keine. Er verweist darauf, dass die Edith-Stein-Schule ein Sonderfall sei, da der Träger dort nicht ausreichend Personal habe akquirieren können. Er zeigt sich jedoch optimistisch, dass sich die Personalproblematik zukünftig entspannen werde, was auch von den Trägern so signalisiert worden sei.

Hinsichtlich der Betreuung von Kindern mit Beeinträchtigung bzw. herausforderndem Verhalten betont er, dass die Träger eine gesonderte Zuwendung vom Land erhielten, die ausreiche, um diese Kinder angemessen zu betreuen. Es bestehe kein Zusammenhang zwischen Wartelisten und Kindern mit Förderbedarf. Zudem berichtet er, dass ab dem Schuljahr 2026/2027 fünf zusätzliche Schulen als Schulen des Gemeinsamen Lernens definiert würden, wodurch insgesamt neun der 14 Grundschulen diesen Status hätten. Ziel sei es, alle Grundschulen als Schulen des Gemeinsamen Lernens zu etablieren, während die Förderschulen weiterhin bestehen blieben.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Betreuung an Grundschulen zur Kenntnis.

7. Qualitätsdialog mit den Kindertageseinrichtungen - Abschlussbericht des 4. Zyklus "Imageverbesserung des Arbeitsfeldes Kita" Vorlage: 357/26

Herr Gausmann erläutert, dass der Qualitätsdialog in den Kindertageseinrichtungen bereits weiter fortgeschritten sei als der in den Offenen Ganztagschulen (OGS). Während der Prozess in den OGS noch am Anfang stehe, sei in den Kindertageseinrichtungen bereits der vierte Zyklus abgeschlossen worden. Der Fokus habe dabei insbesondere auf der Imageverbesserung des Arbeitsfeldes Kindertageseinrichtung gelegen. Der Qualitätsdialog habe etwa zwei bis zweieinhalb Jahre gedauert. Er hebt hervor, dass das Fachkräfteproblem in den Tageseinrichtungen für Kinder vor zwei bis zweieinhalb Jahren noch deutlich ausgeprägter gewesen sei. Aufgrund eines veränderten Nachfrageverhaltens, dessen Ursachen noch analysiert werden müssten, sei der Druck auf dem Fachkräftemarkt für die Träger derzeit etwas geringer. Dennoch komme es im Rahmen der 47er-Meldungen (§ 47 Abs. 1 Nr. 2, SGB VIII) vereinzelt zu Schließungen von Gruppen oder Einrichtungen, da der zweite Personalwert nicht erreicht werden könne. Dies sei jedoch nicht auf einen generellen Mangel an Fachkräften zurückzuführen, sondern auf Schwierigkeiten bei der Refinanzierung.

Er betont die Bedeutung der Imageverbesserung und der Wertschätzung der in den Kindertageseinrichtungen tätigen Fachkräfte. Diese Einrichtungen seien als primäre institutionelle Bildungsinstanz von grundlegender Bedeutung für die Bildungswege der Kinder und deren spätere berufliche Orientierung. Er äußert die Hoffnung, dass die Maßnahmen des Qualitätsdialogs bei den Mitarbeitenden ankommen und deren Arbeit entsprechend gewürdigt werde. Er kündigt an, dass im nächsten Zyklus eine andere Thematik behandelt werde, wobei die Beschlussfassung hierzu voraussichtlich im September erfolge.

Frau Lücke erkundigt sich, ob es bereits einen Link gebe, über den der im Rahmen des Qualitätsdialogs gedrehte Film angesehen werden könne.

Frau Käschnier erklärt, dass der Film ursprünglich nur für die Berufsschulen habe freigeschaltet werden sollen. Sie sichert zu, dies zu prüfen.

Frau Schulz-Bennecke fragt nach der geplanten Kooperation mit den Berufsschulen und möchte wissen, ob der Film ausschließlich den Jugendlichen in der Ausbildung zum/zur Erzieher/-in und Kinderpfleger/-in am Berufskollegs sowie der Josef-Pieper-Schule gezeigt werden solle. Sie regt an, den Film auch in anderen Bereichen, wie dem Berufsgrundschuljahr, zu zeigen, um Jugendliche anzusprechen, deren berufliche Orientierung noch offen sei.

Herr Gausmann antwortet, dass beides vorgesehen sei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Abschlussbericht zum 4. Zyklus des Qualitätsdialogs mit den Kindertageseinrichtungen zur Kenntnis.

8. Jugendfreizeitfläche im "Amisia-Park Rheine"
Vorlage: 373/26

Herr Gausmann erklärt, dass er sich in diesem Zusammenhang auf die Einwohnerfragestunde beziehe. Die dort geäußerten Anliegen der Jugendlichen seien in der Vorlage bereits dargestellt worden. Zur Untermauerung der Notwendigkeit einer solchen Fläche verweist er auf die drei vom Kinderbeirat, dem Jugendgremium und der Stadtschülervertretung eingereichten Stellungnahmen, die mit der Vorlage zur Verfügung gestellt worden seien. Diese Gremien hätten die Bedeutung der Fläche aus Sicht der Jugendlichen umfassend beschrieben, sodass die Verwaltung dies nicht treffender formulieren könne. Er betont, dass die Verwaltung erfreut sei, wenn es gelinge, die Fläche im Amisia-Park sowohl zu nutzen als auch zu entwickeln.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Einleitung des Bauleitverfahrens zur Entwicklung der Jugendfreizeitfläche im „Amisia-Park Rheine“ und unterstützt die weitere planerische Konkretisierung des Vorhabens.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im weiteren Planungs- und Umsetzungsprozess verbindlich sicherzustellen, die Ergebnisse der Beteiligung zu bewerten und grundsätzlich in die Überlegungen zur weiteren Ausgestaltung der Fläche einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Benennung eines Stellvertretenden Mitglieds für den Unterausschuss Freizeitflächen
Vorlage: 255/26

Herr Gausmann erläutert, dass Herr Bögge im neu gebildeten Familienbeirat kein Mitglied mehr sei. Deshalb müsse für den Unterausschuss Freizeitflächen eine neue Person als stellvertretendes Mitglied für Frau Andrea Bischoff benannt werden. Er merkt an, dass Frau Bischoff in diesem Zusammenhang eine entsprechende Empfehlung aussprechen solle und der Jugendhilfeausschuss über diesen Vorschlag abstimmen müsse.

Frau Andrea Bischoff schlägt vor, Herrn Marc Koschnik als ihre persönliche Vertretung im Unterausschuss Freizeitflächen zu benennen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss benennt für den Unterausschuss Freizeitflächen Herrn Marc Koschnik als persönliche Vertretung aus dem Familienbeirat (beratend).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Anfragen und Anregungen

Frau Overesch erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Situation bezüglich der KvG (Kardinal-von-Galen-Schule), insbesondere in Bezug auf die OGS-Räume und die Mensa. Sie fragt, ob bereits Fortschritte erzielt worden seien, ob Mittel für die Barrierefreiheit eingesetzt würden und welche Zeitschiene für die Fertigstellung vorgesehen sei.

Herr Gausmann erklärt daraufhin, dass die Fertigstellung, sofern alles planmäßig verlaufe, im Laufe des Jahres erfolgen solle.

Frau Schulz-Bennecke bringt den Vorschlag ein, das Thema Schulsozialarbeit auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses zu setzen. Sie regt an, über den aktuellen Stand zu informieren, da die Stadt Rheine in diesen Bereich investiere und es sich um ein relevantes Thema für den Ausschuss handele.

Herr Gausmann weist darauf hin, dass gemäß der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Rheine die Schulsozialarbeit dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport (SBS) zugeordnet sei. Eine Beratung im Jugendhilfeausschuss sei daher nicht möglich, da eine Doppelberatung vermieden werden solle. Er lädt jedoch alle Interessierten ein, an den öffentlichen Sitzungen des SBS teilzunehmen.

Ende des öffentlichen Teils: 17:39 Uhr

Mattis Hohdorf
Stellv. Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin